

Vergabenummer: VgV 2026-010-01

Zusätzliche allgemeine Vertragsbedingungen (ZAV) Teil 1 für Lieferungen und Dienstleistungen des studierendenWERKS BERLIN – Anstalt des öffentlichen Rechts

§ 1 Grundlagen

1. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des studierendenWERKS BERLIN berücksichtigen die allgemeinen Verhältnisse, die bei Vertragsabschlüssen infolge ständiger Vergabepraxis gegeben sind. Es handelt sich um zusätzliche Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).
2. Durch Vereinbarung dieser AGB ist die VOL/B Bestandteil des Vertrages. Die VOL/B ist im Bundesanzeiger Nr. 178 a vom 23. September 2003 bekannt gegeben worden und ist unter www.bmwi.bund.de abrufbar.
3. Es gelten für den jeweils abgeschlossenen Vertrag die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei Öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 (Bundesanzeiger Nr. 244 vom 18.12.1953) in der jeweils gültigen Fassung

§ 2 Geltungsbereich

1. Die AGBen gelten für Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen sowie den Kauf oder die Herstellung von Waren.
2. Für andere Vertragsformen (z.B. Leasing, Miete) gelten die AGBen entsprechend.

§ 3 Auftraggeberin

1. Auftraggeberin ist das studierendenWERK BERLIN – Anstalt des öffentlichen Rechts
2. Die Auftraggeberin wird gesetzlich vertreten durch die/den Geschäftsführer/in. Diese wird aufgrund interner Bevollmächtigung durch die Einkaufsabteilung der Auftraggeberin vertreten, diese durch die Leiterin/den Leiter des Einkaufs.

§ 4 Ansprech- und Verhandlungspartner(in)

1. Ansprechpartner(in) und Verhandlungspartner(in) in Verhandlungsangelegenheiten im Zusammenhang mit Vergaben, ist grundsätzlich die Abteilung Einkauf.
2. Die Einkaufsabteilung kann andere Organisationseinheiten bzw. Dienstleister als zuständige Ansprechpartner(in) benennen und bevollmächtigen, bestimmte Erklärungen abzugeben und Handlungen für die Auftraggeberin vorzunehmen.

§ 5 Vertragsbestandteile

1. Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt.
2. Bestandteile dieses Vertrages sind:
 - a. Der Vertragstext nebst der Leistungsbeschreibung
 - b. Die Vertragsbedingungen des studierendenWERKS BERLIN
 - c. Eventuell vorhandene technische Vertragsbedingungen
 - d. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
 - e. Angebot und Auftragschreiben
3. Bei Unklarheiten oder Widersprüchen gelten vorrangig die Regelungen dieses Vertrages und seiner Anlagen und danach die weiteren Bestandteile in der Reihenfolge ihrer Nennung.
4. Leistungsmerkmale genehmigter Musterstücke sind eine Konkretisierung der Leistungsbeschreibung und damit Vertragsbestandteil.
5. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

§ 6 Vertragsschluss

1. Vereinbarungen, die den Vertrag betreffen, werden grundsätzlich schriftlich getroffen. Den Vertrag betreffende mündliche Abreden sowie diesbezüglich in Textform abgegebene Erklärungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung durch die Auftraggeberin. Liegt eine solche schriftliche Bestätigung nicht vor, trägt im Zweifel die Beweislast, wer sich auf die mündliche Abrede oder Erklärung beruft. Zu beweisen ist in diesem Falle der Inhalt der Abrede und die Behauptung, dass keine schriftliche Bestätigung darüber erfolgen sollte.
2. Der Empfang des Auftragschreibens/Zuschlag ist von der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer unverzüglich schriftlich der Auftraggeberin zu bestätigen.

§ 7 Qualitätssicherung / Güteprüfung

1. Die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem der Auftragnehmerin sind in der Leistungsbeschreibung enthalten.
2. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin sichert der Auftraggeberin zu, dass im Angebot dargestellte Verfahren zur Qualitätssicherung einzuhalten und Änderungen unverzüglich der Auftraggeberin anzuzeigen.
3. Der Auftragnehmer / Die Auftraggeberin behält sich vor, dass von dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin praktizierte Qualitäts-Management-System (QMS) zu überprüfen und gegebenenfalls für den vorgegebenen Ausschreibungsgegenstand zu ergänzen.
4. Die Auftraggeberin ist im Rahmen der Güteprüfung berechtigt, sich vor Ort bei dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin über die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen auch während der laufenden Produktion (Dienstleistung) zu informieren, in die Ausführungsunterlagen Einsicht zu nehmen und alle sonstigen erforderlichen Auskünfte zu verlangen.
5. Die Auftraggeberin ist berechtigt, chemische, sensorische und physikalische Untersuchungen, zwecks Prüfung der Einhaltung der vertraglich vereinbarten Forderungen durch die Auftragnehmerin, durch öffentliche oder öffentlich anerkannte Fachinstitute oder Sachverständige vornehmen zu lassen, wenn diese Untersuchungen nicht durch die Prüfenden der Auftraggeberin mit eigenen Mitteln oder mit Mitteln der Auftragnehmerin zweifelsfrei durchgeführt werden können. Die Kosten derartiger Untersuchungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin.
6. Für die von dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin kostenlos für die Güteprüfung zur Verfügung zu stellenden Prüfeinrichtungen ist – falls eine amtliche Eichbescheinigung nicht vorliegt – die Messgenauigkeit der Prüfmittel auf Verlangen der Prüferin/des Prüfers nachzuweisen.
7. Weitere Regelungen zur Güteprüfung ergeben sich aus § 12 VOL/B.

§ 8 Erfüllungsort, Zahlungsort

1. Der Erfüllungsort ist der Ort, an dem der Leistungserfolg gemäß Leistungsbeschreibung einzutreten hat. Fehlt eine derartige vertragliche Festlegung, ist der Erfüllungsort der Sitz der Auftraggeberin (Adresse der Hauptstelle).
2. Der Zahlungsort ist der Sitz der Bank für Sozialwirtschaft – Berlin, die für die Auftraggeberin zuständig ist.

§ 9 Verpackung, Transport, Transportkosten

1. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin hat zum sicheren Transport geeignete Packmittel unter Berücksichtigung der speziellen Anforderungen nach Art, Gewicht und Volumen der vertraglichen Leistungen sowie des eingesetzten Transportmittels zu verwenden.
2. Die Kosten für Packmittel, Transportmittel und Transport trägt grundsätzlich der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin. Dies gilt auch für Nebenkosten des Transportes.
3. Soweit die Auftraggeberin die Transportkosten übernimmt, hat der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin die anfallenden Kosten bis zum Abschluss der Versendung kostenfrei zu verauslagen.

§ 10 Leistungsabnahme

1. Die Leistungsabnahme ist die Erklärung der Auftraggeberin, dass der Vertrag bzw. der Teilvertrag der Hauptsache nach erfüllt ist. § 13 VOL/B bleibt im Übrigen unberührt.
2. Liegt ein wesentlicher Sach- oder Rechtsmangel vor oder fehlt es an vertraglich zugesicherten Eigenschaften der zu erbringenden Dienstleistungen, kann die Auftraggeberin oder eine(r) von ihr Beauftragte(r) die Abnahme der erbrachten Dienstleistungen verweigern. Dies gilt auch für die Teilleistungsabnahmen pro festgelegten Zeitpunkt.

§ 11 Einreichung der Rechnung

1. Die Rechnungen sollen vom Auftragnehmer auf elektronischem Weg per E-Mail eingereicht werden an rechnung@stw.berlin. Dabei ist das PDF- vorzugsweise PDF/A – Format zu wählen und im Betreff der E-Mail das Wort Rechnung zu verwenden. Sämtliche Unterlagen, die mit der Rechnung einzureichen sind, sollen in einer PDF-Datei zusammengefasst werden.
2. Der Dateiname soll mit RG_ beginnen und dann nach dem Unterstrich die Rechnungsnummer enthalten.
3. Der Rechnung sind ein durch die Auftraggeberin zu bestätigender Leistungsnachweis und Qualitätsüberprüfungsnachweis beizufügen. § 15 VOL/B bleibt unberührt.
4. Sind Teilleistungen in einem Auftrag vereinbart, darf für jede Teilleistung eine gesonderte Rechnung (inkl. entsprechender Nachweise) eingereicht werden.
5. Die Abtretung von Forderungen gegenüber dem StudierendenWERK BERLIN aus dem Zuschlag begründeten Kauf-, Lieferungs- oder Leistungsvertrag ist gemäß § 399 BGB ausgeschlossen.

§ 12 Zahlung der Rechnung

1. Die Begleichung der Rechnung erfolgt gemäß den vertraglichen Vereinbarungen, spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer nachprüfaren Rechnung mit einem von der Auftraggeberin quittierten Leistungsnachweis bezogen auf den Abrechnungszeitraum. Die Fälligkeit tritt erst nach vertragsgemäßer Leistungserbringung ein.
2. Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Absendung des Zahlungsauftrages an die Bank.
3. Rechnungen, die ohne die vertraglich festgelegten Unterlagen eingehen, werden von der Auftraggeberin unbeachtet zurückgesandt und nicht beglichen.
4. Im Übrigen gilt § 17 VOL/B.

§ 13 Skonto und Aufrechnung

1. Skonti in Höhe von 2% bei einer Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen wird vertraglich vereinbart. Die Skontofrist beginnt mit Zugang der Rechnung (Teilrechnung) nebst quittiertem Leistungsnachweis und mit der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung (Teilvertragserfüllung) durch den Auftragnehmer / die Auftragnehmerin. Macht die Auftraggeberin berechnete Einwendungen oder Einreden geltend, so wird die Skontofrist für diesen Zeitraum gehemmt.
2. Die Berechnung des Skontoabzugs für eine Rechnung ist unabhängig davon, ob eine andere Rechnung ebenfalls fristgerecht bezahlt wird. Bei Abschlags- oder Zwischenrechnungen hat das Studentenwerk Berlin die Wahl, den bei einer fristgerechten Zahlung im vorgenannten Sinne hierauf entfallenden Skontoabzug bei Bezahlung der Abschlags- bzw. Zwischenrechnung oder erst bei der Schlussrechnung vorzunehmen.
3. Die Aufrechnung hat die Wirkung einer Zahlung, wenn die von dem StudierendenWERK BERLIN zur Aufrechnung gestellte (gegen-) Forderung von dem Auftragnehmer / von der Auftragnehmerin nicht bestritten oder rechtskräftig ist. Die Aufrechnungserklärung muss dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin innerhalb der Skontofrist zugehen.

§ 14 Verschwiegenheit

1. Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Inhalt des Vertrages Dritten nur mitzuteilen, wenn und soweit es für die Erfüllung des Vertrages notwendig ist.
2. Die Vorschriften über die Ausführungsunterlagen § 3 VOL/B bleiben unberührt.

§ 15 Verpflichtungserklärung seitens des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin

Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin verpflichtet sich gegenüber der Auftraggeberin eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit unverzüglich mitzuteilen, wenn:

- a. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin beabsichtigt, einen Insolvenzantrag zu stellen
- b. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin beabsichtigt, ihr Unternehmen aufzugeben bzw. zu veräußern
- c. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin eine nicht nur vorübergehende Zahlungsschwierigkeit hat.

§ 16 Pflichtverletzung und Schadensersatz

1. Bei Pflichtverletzungen des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin finden die gesetzlichen Regelungen nach Maßgabe der §§ 7 und 14 VOL/B Anwendung. Danach ist der entgangene Gewinn bei leicht fahrlässig verursachten Schäden nicht zu ersetzen.
2. Führen von dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin zu vertretenden Gründen zu einer Beendigung des Vertragsverhältnisses nach § 18 Bas. 1 dieser AGB, hat dieser / diese der Auftraggeberin hieraus entstehende Schäden zu ersetzen.
3. Die Auftraggeberin kann der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer eine angemessene Frist setzen, mangelhafte Leistungserfüllungen zu beseitigen. Nach Ablauf dieser Frist kann die Auftraggeberin die entsprechende Dienstleistung durch Dritte erbringen lassen. Dadurch entstehende Mehrkosten sind durch den Auftragnehmer / die Auftragnehmerin zu tragen.

§ 17 Vertragsbestandteil Illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit

1. Zum sozialen Schutz des Einzelnen wie auch zur Aufrechterhaltung der sozial- und wirtschaftspolitischen Ordnung kann Schwarzarbeit nicht hingenommen werden.
2. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin sichert zu, dass er / sie bei der Leistungserbringung die Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG in der jeweils gültigen Fassung) beachtet und einhält und zur Eindämmung dieser illegalen Aktivitäten auch mit der Auftraggeberin zusammenarbeiten wird. Insbesondere ist die Auftraggeberin zu informieren, wenn sich Hinweise ergeben, dass durch am Projekt Beteiligte sozialversicherungsrechtliche Melde-, Beitrags- oder Aufzeichnungspflichten nicht eingehalten werden.
3. Haftungsregelung:
Kommt es aufgrund eines Verstoßes gegen die Verpflichtung aus Absatz 2 zu Schäden im Bereich der Auftraggeberin als „Studentenwerk Berlin“, so haftet die Auftragnehmerin auch hierfür. Dies gilt nicht, wenn der Verstoß der Auftraggeberin zumindest teilweise zuzurechnen ist.
4. Außerordentliches Kündigungsrecht:
Bei Vorliegen von illegaler Beschäftigung / Schwarzarbeit i. S. v. Absatz 2 Satz 1 besteht ein außerordentliches fristloses Kündigungsrecht seitens der Auftraggeberin. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 18 Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund

1. Die Auftraggeberin kann vom Vertrag zurücktreten oder ihn mit sofortiger Wirkung kündigen,
 - a. wenn die Auftragnehmerin ihre Pflicht zur Verschwiegenheit oder eine ihr auferlegte Verpflichtung zur Geheimhaltung von Tatsachen, die ihr im Zusammenhang mit dem erteilten Auftrag bekannt geworden sind, verletzt.
 - b. wenn über das Vermögen der Auftragnehmerin das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass sie ihre Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.
 - c. wenn die Auftragnehmerin gegen § 17 dieser AGB verstößt.
 - d. wenn sich die Auftragnehmerin im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

- (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere die Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung von Ausfallentschädigungen (Gewinnbeteiligungen oder sonstige Abgaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen.
- e. wenn Ausschlussgründe i.S.d. § 7 Nr. 5 c),d) und e) VOL/A vorliegen. Ausschlussgrund ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen im Sinne der §§ 333 sowie 334 StGB sowie die vorsätzliche Abgabe von unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Zuverlässigkeit, Fachkunde und Leistungsfähigkeit seitens der Auftragnehmerin.
 2. Weitere gesetzliche Regelungen, insbesondere das Recht zur Kündigung nach §§ 314 und 626 BGB bleiben unberührt.

§ 19 Wirkung der Vertragsbeendigung bei Kündigung aus wichtigem Grund

1. Im Falle einer Kündigung ist die bisherige noch nicht abgerechnete Leistung gemäß den Vertragspreisen und dem durch die Auftraggeberin quittierten Leistungsnachweis abzurechnen.
2. Tritt die Auftraggeberin nach den Bestimmungen des § 18 Abs. 1 AGB vom Vertrag zurück, sind die bisherigen noch nicht abgerechneten Leistungen gemäß den Vertragspreisen und dem durch die Auftraggeberin quittierten Leistungsnachweis abzurechnen.
3. Im Übrigen gilt § 7 Nr. VOL/B. Die gesetzlichen Regelungen über den Rücktritt bleiben unberührt.

§ 20 Vertragsstrafe

1. Werden Ausführungsbedingungen und Ausführungsfristen seitens des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin nicht eingehalten, dann ist die Auftraggeberin berechtigt eine Vertragsstrafe pro Abrechnungszeitraum von 5 von Hundert des monatlichen Rechnungspreises maximal 8% der Kosten ausschließlich gesetzlicher MwSt zu verlangen.
2. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen.
3. Wenn der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin nachweisen kann, dass es sich nur um leichtes Verschulden bei wenigen Verstößen gegen Ausführungsbedingungen und Ausführungsfristen handelt oder nur ein geringer Schaden entstanden ist, dann kann die Auftraggeberin von der Einforderung der Strafe absehen.
4. Weitergehende Ansprüche und Rechte bleiben vorbehalten.

§ 21 Verletzung gewerblicher Schutzrechte Dritter

1. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin ist verpflichtet zu prüfen, ob ihre Leistungserbringung gegen gewerbliche Schutzrechte verstößt. Eine derartige Pflicht besteht für die Auftraggeberin nicht.
2. Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter aus etwaiger Verletzung gewerblicher Schutzrechte frei und trägt die Kosten, die der Auftraggeberin in diesem Zusammenhang entstehen können.

§ 22 Verwendung und Speicherung von Daten

Der Auftragnehmer / Die Auftragnehmerin erklärt sich einverstanden, dass seine / ihre Geschäftsdaten vom StudierendenWERK BERLIN im Rahmen der EDV verarbeitet und gespeichert werden und zur Erfüllung der jeweiligen Ex-Post-Transparenz im Vergabeverfahren veröffentlicht werden.

§ 23 Unwirksamkeit

Die Unwirksamkeit einzelner Klauseln oder in Klauseln enthaltener Wertungen lassen die Wirksamkeit der anderen Klauseln oder die in anderen Klauseln enthaltenen Wertungen unberührt.

§ 24 Anwendbares Recht

1. Anwendbar ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland
2. Der Schriftverkehr mit der Auftraggeberin hat in deutscher Sprache zu erfolgen.

§ 25 Gerichtsstand

1. Gerichtsstand ist Berlin-Charlottenburg

Zusätzliche allgemeine Vertragsbedingungen (ZVA) Teil 2 für Lieferungen und Dienstleistungen

studierendenWERK BERLIN – Anstalt des öffentlichen Rechts

Die nachstehenden zusätzlichen Vertragsbedingungen sind Ergänzungen für die Erfordernisse des Einzelfalls. Sie beziehen sich ausschließlich nur auf die Lieferungen und Leistungen, die Gegenstand dieser Vergabe sind. Die jeweils durch das studierendenWERK BERLIN „angekreuzten“ Klauseln werden Vertragsbestandteile.

<input type="checkbox"/>	§ 27 Preisgleitklausel/Preisanpassungen													
<input checked="" type="checkbox"/>	§ 28 Ausführungsfristen	<p>Der Winterdienst ist während der Laufzeit des Vertrages (01.11.2026 bis 31.03.2030 inkl. Option Verlängerung einer Saison) jeweils vom 01. November eines Jahres bis zum 31. März des Folgejahres zu erbringen (obligatorischer Leistungszeitraum). Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, den Winterdienst nach Vertragsschluss auf besonderen Auftrag seitens des Auftraggebers auch vor dem 01. November beziehungsweise nach dem 31. März auszuführen.</p> <p>Die Ausführung des Winterdiensts muss täglich durchgeführt werden unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls oder bei Glatteisbildung, bei länger anhaltendem Schneefall in angemessenen Zeitabständen (maximal 8 Stunden). Dabei bedeutet der Wortlaut "unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls", dass mit der Schnee- und Glättebekämpfung nicht so lange gewartet werden kann, bis jeglicher Schneefall aufgehört hat. Die Bekämpfung muss vielmehr schon dann einsetzen, wenn der Schneefall nur noch unerheblich andauert (zum Beispiel bei Niedergehen von Schneegriesel oder nur noch wenigen Schneeflocken).</p> <p>Dauert der Schneefall über 20.00 Uhr hinaus an oder treten nach dieser Zeit Schneefall oder Glatteisbildung ein, so ist der Winterdienst bis 6.00 Uhr des folgenden Tages, an Sonntagen und an gesetzlichen Feiertagen bis 9.00 Uhr durchzuführen.</p> <p>Zum Abschluss der Winterdienstsaison ist auf allen Grundstücken die Aufnahme und fachgerechte Entsorgung des aufgebrauchten Streuguts erforderlich.</p>												
<input checked="" type="checkbox"/>	§ 29 Vertragsstrafen	<p>Gemäß § 11 VOL/B wird folgende Vertragsstrafe vereinbart:</p> <p>Werden Ausführungsbedingungen und Ausführungsfristen seitens des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin nicht eingehalten, dann ist die Auftraggeberin berechtigt eine Vertragsstrafe pro Abrechnungszeitraum von 5 von Hundert des monatlichen Rechnungspreises ausschließlich gesetzlicher MwSt zu verlangen.</p> <p>Wenn der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin nachweisen kann, dass es sich nur um leichtes Verschulden bei wenigen Verstößen gegen Ausführungsbedingungen und Ausführungsfristen handelt oder nur ein geringer Schaden entstanden ist, dann kann die Auftraggeberin von der Einforderung der Strafe absehen.</p> <p>Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen. Weitergehende Ansprüche und Rechte bleiben vorbehalten.</p>												
		<p>Bei Überschreiten folgender Fristen der unter § 28 ZAV angegebenen Ausführungsfristen werden die folgenden Vertragsstrafen fällig:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%; text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td style="width: 35%;">Vertragsstrafe:</td> <td style="width: 30%;">€ bei Überschreiten der Frist:</td> <td style="width: 60%;">(Datum/Zeitpunkt).</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td>Vertragsstrafe:</td> <td>% pro Tag der Überschreitung der vorgegebenen Frist.</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></td> <td>Vertragsstrafe:</td> <td>% pro Woche (7 KT) der Überschreitung der vorgegebenen Frist.</td> <td></td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	€ bei Überschreiten der Frist:	(Datum/Zeitpunkt).	<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	% pro Tag der Überschreitung der vorgegebenen Frist.		<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	% pro Woche (7 KT) der Überschreitung der vorgegebenen Frist.	
<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	€ bei Überschreiten der Frist:	(Datum/Zeitpunkt).											
<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	% pro Tag der Überschreitung der vorgegebenen Frist.												
<input type="checkbox"/>	Vertragsstrafe:	% pro Woche (7 KT) der Überschreitung der vorgegebenen Frist.												

<input type="checkbox"/>	§ 30 Güteprüfung	Gemäß § 12 VOL/B wird in Ergänzung zu § 7 ZAV folgendes vereinbart:
<input type="checkbox"/>	§ 31 Annahmestelle	Die genaue Annahmestelle lautet:
<input checked="" type="checkbox"/>	§ 32 Leistungsabnahme/Qualitätssicherung	Für die Abnahme der Lieferung/Leistung gelten folgende besonderen Regelungen: Siehe Leistungsbeschreibung
<input type="checkbox"/>	§ 33 Verjährungsfrist für die Gewährleistung	Abweichend von § 14 Nr. 3 VOL/B beträgt die Verjährungsfrist für die Gewährleistung Jahr(e) nach der Abnahme.
<input type="checkbox"/>	§ 34 Zahlungen	
<input type="checkbox"/>	Vorauszahlungen werden nachfolgendem Zahlungsplan geleistet:	
<input type="checkbox"/>	Vorauszahlungen werden auf fällige Abschlagszahlungen wie folgt angerechnet:	
<input type="checkbox"/>	Abschlagszahlungen werden nicht geleistet!	
<input type="checkbox"/>	Abschlagszahlungen werden geleistet.	
<input checked="" type="checkbox"/>	§ 35 Rechnungen	
<input checked="" type="checkbox"/>	Der Auftragnehmer hat Rechnungen in einfacher Ausfertigung wie folgt einzureichen: 1. Die Rechnungen sollen vom Auftragnehmer auf elektronischem Weg per E-Mail eingereicht werden an rechnung@stw.berlin Dabei ist das PDF- vorzugsweise PDF/A – Format zu wählen und im Betreff der E-Mail das Wort Rechnung zu verwenden. Sämtliche Unterlagen, die mit der Rechnung einzureichen sind, sollen in einer PDF-Datei zusammengefasst werden. 2. Der Dateiname soll mit RG_ beginnen und dann nach dem Unterstrich die Rechnungsnummer enthalten. 3. Der Rechnung sind ein durch die Auftraggeberin zu bestätigender Leistungsnachweis und Qualitätsüberprüfungsnachweis beizufügen. § 15 VOL/B bleibt unberührt.	
<input type="checkbox"/>	Abschlagsrechnungen für Vorauszahlungen (§ 34 ZAV) sind in facher Ausfertigung einzureichen!	
<input type="checkbox"/>	Abschlagsrechnungen für Abschlagszahlungen (§ 34 ZAV) sind in facher Ausfertigung einzureichen!	
	Jeder Rechnung, Schlusszahlung oder Teilrechnung haben die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufmassberechnungen, ➤ Aufmasszeichnung(en) bei gravierenden Abweichungen, ➤ Stundenlohnzettel, ➤ Lieferscheine, ➤ Wiegekarten, ➤ Fremdrechnungen und ➤ sonstige Belege Aufzählung!, die die Auftraggeberin zur einwandfreien, zweifelsfreien Prüfung und Feststellung der Rechnung benötigt, im Original als Unterlage beizufügen (Anlage zur Rechnung)! Alternativ zu dem vom Auftraggeber vorgegebenen Qualitätsnachweis kann der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin mit der Rechnung auch einen Qualitätsnachweis einreichen, wenn dieser den inhaltlichen Vorgaben des vorgegebenen Qualitätsnachweises entspricht.	
<input type="checkbox"/>	§ 36 Sicherheitsleistungen	Abweichend von § 18 VOL/B hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer folgende Sicherheit(en) zu leisten:

<input checked="" type="checkbox"/>	<p>§ 37 Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträge</p> <p>Der Auftragnehmer verpflichtet sich,</p> <ul style="list-style-type: none"> • seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die der nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) vom 20.04.2009 (BGBI. I S. 799) einzuhaltende Tarifvertrag vorgibt oder andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte einzuhalten, • seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Stundenentgelt von 14,84 €, bzw. im Fall einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns gem. § 1 Abs. 2 Mindestlohngesetz (einsehbar unter www.gesetze-im-internet.de) den zum Zeitpunkt der Vertragsdurchführung jeweils geltenden gesetzlichen Mindestlohn zu bezahlen." • die von ihm beauftragten Nachunternehmer oder einen von ihm oder einem Nachunternehmer beauftragten Verleiher schriftlich zu verpflichten, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, • sicherzustellen, dass die Verpflichtung auf einen von ihm beauftragten Nachunternehmer oder auf einen von ihm oder von einem Nachauftragnehmer beauftragten Verleiher jeweils schriftlich übertragen wird und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen, • sicherzustellen, dass die beauftragten Nachauftragnehmer ihrerseits die von ihnen beauftragten Nachunternehmer oder von ihnen beauftragten Verleiher die o.a. Verpflichtungen jeweils schriftlich übertragen und zu verpflichten, dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen. <p>Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Nachunternehmer schuldhaft gegen die o.a. Verpflichtungen, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H., bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme vereinbart. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird.</p> <p>Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung.</p> <p>Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.</p>
<input checked="" type="checkbox"/>	<p>§ 38 Frauenförderung</p> <p>Der Auftragnehmende verpflichtet sich,</p> <ul style="list-style-type: none"> • das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten. • je nach Anzahl der Beschäftigten gemäß § 3 Frauenförderverordnung (FFV) eine oder mehrere der in § 2 FFV aufgeführten Maßnahmen der Frauenförderung und/oder der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchzuführen • sicher zu stellen, dass zur Vertragserfüllung eingeschaltete Nachunternehmende sich nach Maßgabe des § 3 Frauenförderverordnung (FFV) zur Durchführung von Maßnahmen gemäß § 2 FFV und zur Einhaltung der Verpflichtungen nach § 4 FFV bereit erklären. Eine Verletzung dieser Verpflichtung durch den Nachunternehmenden wird dem Auftragnehmenden zugerechnet. <p>Verstößt der Auftragnehmende oder einer seiner Nachunternehmenden schuldhaft gegen die o.a. Verpflichtungen, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmenden für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H., bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme vereinbart. Der Auftragnehmende ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmenden oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmenden begangen wird.</p> <p>Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmenden oder seine Nachunternehmenden berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung.</p> <p>Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.</p>

<input checked="" type="checkbox"/>	<p>§ 39 Einhaltung der ILO - Kernarbeitsnormen</p> <p>Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter bestmöglicher Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Die Mindeststandards der ILO-Kernarbeitsnormen ergeben sich aus</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 641), • dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2073), • dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1123), • dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 24), • dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 442), • dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 98), • dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 202) und • dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291). <p>Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Nachunternehmer schuldhaft gegen die o.a. Verpflichtungen, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H., bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme vereinbart. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird.</p> <p>Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung.</p> <p>Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.</p>
<input checked="" type="checkbox"/>	<p>§ 40 Sonstige Bedingungen</p> <p>Es werden folgende sonstigen Bedingungen vereinbart:</p> <p>Abtretungen: Die Abtretung von Forderungen aus diesem Vertrag durch den Auftragnehmer bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.</p> <p>Untervergabe/Nachunternehmer: Bei eventuellen Untervergaben müssen seitens des Auftragnehmers die kompletten Adressdaten und die handelnden verantwortlichen Personen für die Erfüllung aus diesem Vertrag des Auftraggebers zuvor zur Zustimmung rechtzeitig vorgelegt werden. Der Auftraggeber verlangt weiter eine entsprechende Eigenerklärung hinsichtlich der Eignung des Nachunternehmens sowie ggf. weitere erforderliche Nachweise. Der Nachunternehmer hat die vorgegebenen gesetzlichen Vorgaben (insbesondere die Tarifrrechtlichen Vorgaben aus dem Ausschreibungs- und Vergaberecht des Landes Berlin) einzuhalten und dies durch eine entsprechende Eigenerklärung sowie ggf. weitere erforderliche Nachweise gegenüber dem Auftraggeber zu bestätigen.</p> <p>Datenschutz: Der Auftragnehmer hat mit der gebotenen Sorgfalt darauf hinzuwirken, dass alle Personen, die von ihm mit der Erfüllung der vertraglichen Pflichten beauftragt sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten und die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informationen, soweit sie nicht offenkundig sind, nicht an Dritte weiter geben oder sonst verwerten.</p> <p>Im Zusammenhang der Auftragserfüllung verarbeitet der Auftraggeber im erforderlichen Rahmen auch personenbezogene Daten des Auftragnehmers und seiner Mitarbeiter*innen. Die Informationen gemäß Kapitel III Abschnitt 2 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung; DS-GVO) zu „Beschaffung und Einkauf“ finden sich unter https://www.stw.berlin/unternehmen/themen/datenschutzinformation.html</p>